

Edelbert Richter

Von der Arbeitslosigkeit zum Selbstmord. Über das Ende der sozialen Demokratie

(autorisierte Tonbandabschrift/10/04)

Das Thema habe ich ja angekündigt, etwas provozierend, aber vielleicht auch etwas rätselhaft: Eine Gliederung wird ein bisschen bei der Entschlüsselung helfen, und dann ist das für Euch eine Möglichkeit, den Faden nicht zu verlieren.

Erstens Ich will beginnen mit Dahrendorfs These vom Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts („Die Arbeitslosigkeit der SPD“). Das ist der erste Punkt.

Zweitens der Hintergrund der These: die Krise der siebziger Jahre und die Strategie ihrer „Bewältigung“.

Drittens deren Hintergrund, also der Hintergrund der Bewältigungsstrategie, nämlich die Strategie der Vereinigten Staaten zur Sicherung ihrer Hegemonie. Dazu gibt es drei Unterpunkte, die nenne ich auch schon mal: Restauration, Rüstung, Weltfinanzmarkt. Daran schließt

Viertens an: Wirkungen des entfesselten Finanzmarktes, zumal auf Europa.

Fünftens kommen wir zur SPD zurück: Wird das Berliner Programm der neuen Situation gerecht? Das wäre natürlich ein Extrathema, aber ich will wenigstens andeuten, was ich da denke.

Sechstens die große Chance des sozialdemokratischen Europa. Damit ist gemeint 1998.

Siebtens: die Beteiligung an einem öffentlichen Selbstmord.

1. Der Mensch braucht eine Aufgabe, sonst geht er womöglich vor die Hunde oder nimmt sich den Strick! Man kann darüber streiten, ob Arbeit sein Wesen ausmacht. Wir in Europa haben das seit der Neuzeit jedenfalls so gesehen und für die Sozialdemokratie ist das, glaube ich, auch der nun mal gegebene Rahmen, in dem sie sich bewegt. Die Frage ist nun, hat sie selber noch eine Aufgabe? Ralf Dahrendorf hat das schon vor 20 Jahren in dem Buch „Chancen der Krise“ (Stuttgart 1983) bestritten, und er hat das keineswegs böswillig getan, sondern eigentlich sehr rücksichtsvoll. Gerade weil die Sozialdemokratie ihre Aufgabe so vorbildlich erfüllt habe, sei sie nun im Grunde arbeitslos geworden. Das sozialdemokratische Jahrhundert sei auch deshalb zu Ende, weil die Themen, die diese Partei einst auf die politische Tagesordnung gesetzt habe, inzwischen zum Allgemeingut geworden sind. Insofern seien wir – jetzt Zitat „fast alle Sozialdemokraten geworden“. Wenn wir aber alle sozialdemokratisch denken und handeln, wozu braucht man dann noch diese besondere Partei? Wenn alle mehr oder weniger schon deren Arbeit erledigen, dann ist sie ja beliebig ersetzbar und ihre spezifische Qualifikation ist überhaupt nicht mehr gefragt. Das war Dahrendorfs These.

2. Dieser freundliche Nachruf auf die Sozialdemokratie hatte allerdings einen weniger freundlichen Hintergrund: Das Ende, um das es eigentlich ging, war nämlich das der „Goldenen“ Nachkriegszeit in den siebziger Jahren, und das war die schwerste Krise des Westens seit der Weltwirtschaftskrise. Also Zusammenbruch der Währungsordnung, zurückgehende Wachstumsraten, deutlich geringere Produktivität, steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Inflation (das ist das, was man damals Stagflation nannte). Hinzu kam die politische Schwäche der Führungsmacht – man denke an Vietnam oder Watergate – und die Ausnutzung dieser Situation durch die Zweite und Dritte Welt – man denke an die Ölpreiserhöhungen oder die Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion. Die Frage aber – und das ist sozusagen das Hinterhältige an dem Votum von Dahrendorf –, wie man nun aus der Krise wieder herauskäme, die war im Prinzip schon beantwortet. Als Dahrendorf seinen Nachruf verfasst hat, war das schon klar, indem man Sozialstaat und Demokratie möglichst abbaute, jedenfalls nicht mehr ausbaute, denn diesen Luxus konnte man sich in der Krise nicht mehr leisten. Eigentlich hätte man ihn sich - das ist die neoliberale Grundauffassung - nie leisten dürfen! Dann wäre es nämlich gar nicht zur Krise gekommen. Dass man es mit Sozialstaat und Demokratie zu weit getrieben hatte, war nach Meinung der Hauptakteure der Liberalen - und da gehörte Dahrendorf nicht dazu – sogar die Hauptursache der jetzigen Krise. Also war das, was die Sozialdemokraten getan hatten, gar keine Leistung gewesen, die man etwa würdigen musste, sondern sogar überflüssig und schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Es war höchste Zeit, sie endlich vom Dienst zu entlassen, und dem natürlichen „Tod“ ein wenig nachzuhelfen. Das war auch vor der Grabrede von Dahrendorf schon geschehen, zunächst 1979 in England, dann in den USA, dann in der Bundesrepublik. In Frankreich, wo seltsamerweise (die liegen ja immer ein wenig quer) eine sozialistisch-kommunistische Regierung gewählt worden war, die das sozialdemokratische Jahrhundert offenbar verlängern wollte, wurde durch den Druck des Kapitalmarktes erreicht, dass sie 1983 dann die Sinnlosigkeit ihres Tuns einsehen musste und auf einen mehr oder weniger liberalen Kurs einschwenkte.

Obwohl die Sozialdemokratie in Deutschland nun arbeitslos war, ließ sie sich keineswegs demoralisieren, sondern ging in sich, bestimmte ihre Aufgabe neu und entwarf ein hervorragendes Programm – das Berliner Programm. Denn angesichts dessen, was sich nun ohne sie in der Welt abspielte, war die Hoffnung keineswegs unbegründet, dass sie wieder Arbeit finden würde. Die Krise wurde nämlich in den achtziger Jahren keineswegs überwunden - das ist eine These von mir -, sondern sie wurde nur notdürftig gemanagt, auf andere Regionen verlagert und in gewisser Hinsicht sogar zu einer Dauereinrichtung gemacht.

Um das zu erkennen, muss man natürlich ein bisschen über den Tellerrand der Bundesrepublik hinausschauen, denn sie war vom Krisenmanagement zwar insofern betroffen, als sie durch den wieder entfachten Kalten Krieg zum atomaren Schlachtfeld hätte werden können, wirtschaftlich jedoch erholte sie sich ziemlich rasch. Und der Sozialabbau - das muss man der Regierung Kohl aus heutiger Perspektive zugute halten – hielt sich in Grenzen. Das war nur eine halbe „Reform“, die da gelaufen ist. Das wird ja heute von unseren Genossen in der Führung auch so gesehen. Deswegen müssen sie ja nun alles nachholen.

Ganz anders sah es dagegen bei der Führungsmacht des Westens aus. Die USA hatten in den siebziger Jahren nicht nur an wirtschaftlichem Gewicht gegenüber Europa und Japan verlo-

ren, sondern es kam auch zum ersten Handelsbilanzdefizit im 20. Jahrhundert, zum niedrigsten Produktivitätswachstum im gesamten Jahrhundert (um die Hälfte brach das Produktivitätswachstum ein), zur höchsten Arbeitslosigkeit seit der Roosevelt-Depression usw. Dieser realwirtschaftliche Niedergang setzte sich in den 80er Jahren fort. Es gab mehr Pleiten Anfang der 80er Jahre als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. Bis auf die Arbeitslosigkeit, die infolge der Rüstung zurückging - dafür sanken aber die Löhne und wurden die Sozialleistungen gekürzt. In dieser Zeit beginnt es auch, dass die Arbeitszeit verlängert wurde. Wir sind immer etwas hinterher, bei uns fängt das jetzt erst an. Das ist auch ein Bruch: Ein Jahrhundert lang waren die Arbeitszeiten gekürzt worden. Ich sage das, um die Dimension der Krise deutlich zu machen. - Dennoch gelang es den USA, ihre Führungsposition nicht nur zu behaupten, sondern sogar zur globalen Hegemonie auszubauen. Wie ist das nur möglich gewesen? Das ist eine Frage, die nach meinem Empfinden immer noch nicht beantwortet wurde.

3. Das ist auch für das Überleben der sozialen Demokratie eine entscheidende Frage, und hier will ich drei Antworten geben:

Erstens durch eine national-religiöse „Wiedergeburt“ oder besser: Restauration. Das wird selten so deutlich gesagt. Angesichts des Niedergangs der amerikanischen Hegemonie in den 70er Jahren über den übrigens auch ganz offen diskutiert wurde in den USA selbst, entstand diese nationale Sammlungsbewegung, die wir unter Neokonservatismus zusammenfassen. Sie proklamierte eine Rückbesinnung auf die amerikanischen Werte und das hieß die sozialstaatlichen Errungenschaften rückgängig machen und hinter Roosevelt zurückgehen – das war die Parole! An die Stelle von Sozialreform sollte die moralische Erneuerung treten, und da erinnern wir uns natürlich an die von Kohl verkündete geistig-moralische Wende. Alle Argumente, die bei uns seit 20 Jahren gegen den Sozialstaat vorgebracht werden, kommen aus dieser völlig anderen angelsächsischen Tradition. Die Neokonservativen haben das, was Roosevelt gemacht hat und was bis Johnson gemacht worden ist, als eine Überfremdung empfunden.

Dass diese Argumente uns umgekehrt nun übergestülpt werden und meistens gar nicht zutreffen, das kann man sich an dem Standardargument klar machen, der Sozialstaat sei zu teuer und beeinträchtige die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Wann war denn Deutschland oder Europa mit seinem Sozialstaat in den letzten zwei Jahrzehnten einmal weniger wettbewerbsfähig als die USA – wann? Das möge mir mal jemand sagen! Das ist doch eine ganz einfache Überlegung, die niemand offenbar z.B. in den Medien anstellt. Also in den achtziger Jahren jedenfalls ganz gewiss nicht – das steht fest, das habe ich ja auch schon angedeutet. Aber vielleicht in den 90er Jahren? Das war ja die Zeit des großen Booms, der New Economy. Also mit der Handelsbilanz können wir da nichts machen, wenn wir jetzt zeigen wollen, dass die USA in den 90er Jahren wettbewerbsfähiger waren. Das wäre ein ganz gutes Kriterium für internationale Wettbewerbsfähigkeit, aber wir sollten das lieber nicht heranziehen, denn die Handelsbilanz ist noch negativer geworden. Auch in den neunziger Jahren in der Zeit der New Economy. Das muss man sich klar machen: Dass sich die außenwirtschaftliche Position der Vereinigten Staaten durch den Boom der 90er Jahre nicht verbessert hat, ist bekannt. Auch die entsprechende Auslandsverschuldung hat zugenommen. Nun kann man sagen, das ist nicht das einzig relevante Kriterium. Nehmen wir also das Wachstum: USA 3,2 Prozent, Euroland 2,5 Prozent, Deutschland 1,9 Prozent durchschnittliches jährliches Wachstum in den 90er Jahren. Aber das Bruttoinlandsprodukt ist insofern eine pauschale Größe, als auch die Bevölkerungszunahme

auf sie Einfluss hat. Berücksichtigt man, dass die amerikanische Bevölkerung durch Zuwanderung und Geburtenüberschuss pro Jahr um 2,5 Millionen zunimmt, in Euroland die Bevölkerung aber stagniert, dann ist der ganze Wachstumsvorsprung der Vereinigten Staaten in der Zeit der New Economy, also des größten, bei uns propagandistisch unheimlich ausgeschlachten Aufschwungs, verschwunden. Wenn wir das Bevölkerungswachstum herausrechnen, ist der ganze Vorsprung weg. Das zeigt sich dann auch am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner: Das ist von 1990 bis 2000 jährlich in den USA um 2,35, in Deutschland dagegen um 4,3 Prozent gestiegen. Das ist ein Maßstab für Leistungsfähigkeit. Noch besser ist die Produktivitätszunahme – das leuchtet auch jedem ein, dass das ein Kriterium für Leistungsfähigkeit ist: in den USA von 1973 bis 1993 halb so hoch wie in Deutschland, also rund 1 Prozent in den USA, bei uns rund 2 Prozent im Durchschnitt. Wenn wir jetzt noch einmal die 90er Jahre heranziehen, dann stellt sich heraus, dass die USA bei der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts pro Arbeitsstunde mit viel ideologischem Wind nichts anderes als eine Angleichung an das europäische Niveau erreicht haben: 1,7 Prozent in den USA, in Euroland 1,8 Prozent! Auch speziell im verarbeitenden Gewerbe der USA, wo die Produktivitätszunahme stärker war als in der Gesamtwirtschaft, lag sie nur minimal über den europäischen Werten, also USA 5,1 Prozent, Deutsch 4,8, Frankreich 4,9 Prozent. Das ist der Bereich, wo ich dachte, hier müsste die Informationstechnologie so richtig zum Zuge kommen im verarbeitenden Gewerbe! Aber die Wirkung ist noch beschränkt. Wichtig jedenfalls: Im Vergleich mit den USA ist der europäische Sozialstaat über die ganze Zeit nicht zu teuer gewesen. Ich habe den Exkurs eben gemacht, um zu zeigen, wie wirksam Propaganda ist! Mit Zahlen darf man sich offenbar nicht befassen.

Kehren wir zum Thema nationale Restauration zurück. Sie wird ganz wesentlich verstärkt durch den protestantischen Fundamentalismus, Ich erwähne das jetzt bloß und will es nicht weiter ausführen. Es interessiert mich als Theologen natürlich sehr. Der Fundamentalismus wurde ja gestern schon erwähnt. Er steuert besonders das Erwählungs- und Sendungsbewusstsein bei. Wir in Europa wissen überhaupt nicht mehr, was das ist. Deswegen wird es auch systematisch von uns unterschätzt. Wir sind mit unserer säkularen Verfassung darüber hinaus, aber dieser Fundamentalismus ist für das Überleben der Demokratie – um dieses Thema geht es uns ja – eine ebenso gefährliche Tatsache wie der islamische Fundamentalismus, und er sitzt in den USA sogar am längeren Hebel.

In diesen Zusammenhang der Restauration gehört nun auch der Neoliberalismus. Es ist daher eigentlich falsch, ihn als ökonomische Theorie zu nehmen und zu diskutieren. Das ist er zwar auch, aber er muss verstanden werden in dieser Einbettung. Es ist so eine Art kapitalistischer Romantik, könnte man sagen, also ein nostalgischer Rückgriff hinter die keynsianische Nachkriegszeit und hinter Roosevelt, ein bewusstes Vergessenmachen der großen Depression und des Weltkriegs, der daraus folgte, und eine Verklärung der Zeit davor – das ist der Neoliberalismus. Und mit seiner Hilfe kann bis heute der Rückschritt, die Restauration alter Zwangsverhältnisse, aller Welt als „Reform“ und „Modernisierung“ verkauft werden: Das wird ökonomisch-theoretisch so gut aufgepäppelt, dass die Leute am Ende glauben, es sei die Modernisierung.

Zweitens: Ich bin immer noch bei dem Punkt, wieso es gelungen ist, die Hegemonie zu retten und sogar auszubauen. Da spielt natürlich auch die Hochrüstung eine Rolle und die Strategie

des begrenzten Atomkriegs. Ich will aber dazu nur sagen, dass das auch eine Restauration war. Das ist im Grunde der Versuch gewesen, den Atomkrieg wieder dem konventionellen Krieg anzunähern und auf diese Weise eben auch ein Rückgang in die Geschichte, ein Ausbruch aus dieser Fesselung, die der amerikanischen Politik auferlegt war durch das Abschreckungssystem – da wollte man eben raus, und das ist offenbar auch gelungen, d.h. Verhältnisse zu restaurieren, in denen souveränes staatliches Handeln noch möglich ist. Das ist gelungen, einschließlich konkreter Feindbestimmung im Sinne von Carl Schmitt und des Rechts zum Krieg. Das ist das, was man wollte. Wenn also der totale Atomkrieg auf Nicht-Krieg hinausläuft, dann muss man den Krieg wieder beleben, damit man wieder handlungsfähig wird. Das war damals die Strategie, also auch eine Restauration.

Das dritte, was die Rettung der Hegemonie ermöglicht hat, war nun der Weltfinanzmarkt. Ich verstehe ihn nicht als ein letztes Datum wie das bei meinen Freunden von ATTAC oft der Fall ist, sondern ich denke, er ist ein Instrument oder jedenfalls ein Verbündeter der Hegemonialpolitik. Er hat die Ausweitung der Vorherrschaft ermöglicht, denn die realwirtschaftliche Schwäche der Vereinigten Staaten wurde nicht nur durch militärische, sondern auch durch die finanzwirtschaftliche Stärke kompensiert. Das geschah, indem die USA den Weltfinanzmarkt, auf dem sie ohnehin ein Übergewicht hatten (schon wegen des Dollars), „deregulierten“, d.h. von aller nationalstaatlichen und demokratischen Kontrolle befreiten; das ist der erste Schritt gewesen – er war vorher unter Kontrolle, jetzt ist er es nicht mehr. Zweitens, dadurch, dass sie sich als attraktivsten Finanzplatz und zumal als politische Schutzmacht der Vermögensinteressen in der Welt erneuerten und drittens indem sie den IWF zur Polizei und Feuerwehr des globalen Finanzmarktes umgestalteten. Der hatte ja vorher auch eine andere Funktion, und hat nun eine neue bekommen. Auf diese Weise haben die USA im Finanzmarkt sozusagen einen allgegenwärtigen Verbündeten gefunden, und wenn der Finanzmarkt nun im Kapitalismus gegenüber der Realwirtschaft eine Steuerungsfunktion innehat – so ähnlich wie der Plan im Sozialismus –, dann haben sie damit indirekt die Kontrolle über die Volkswirtschaften fast der ganzen Welt erlangt. Das ist der große Schritt, der hier gelungen ist und in seiner Tragweite gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Die Schwächen der eigenen Volkswirtschaft haben sie allerdings so nicht beheben können. Der Preis, der für das Bündnis bezahlt werden musste, war eine ständig wachsende eigene Verschuldung und damit Abhängigkeit vom Kapitalmarkt. Deshalb sind die Neokonservativen nicht mehr so mit dem Finanzmarkt verbandelt, wie das Clinton noch war – da spielen jetzt andere Interessen eine Rolle. Also das ist der Pferdefuß der Hegemonie – diese Abhängigkeit vom Kapitalmarkt. Andererseits gelang es mit Hilfe des Kapitalmarktes eben die Vorherrschaft fast ohne direkte Gewalt vorwiegend mit der Waffe von Vermögensbewegungen – mit dem schweren Geschütz, der Wucht und Unberechenbarkeit von Vermögensbewegungen, auszuüben.

4. Deshalb ist die Geschichte des Finanzmarktes eine Kette von Krisen. Das will ich auch einmal abkürzen, weil das ja auch bekannt ist: Es fängt an gleich Anfang der achtziger Jahre - nachdem das mit der Deregulierung gelungen ist in den siebziger Jahren und der Finanzmarkt USA wieder mit hohen Zinsen aufgepöppelt worden ist, - mit der Schuldenkrise der Entwicklungsländer. Sie wurde einseitig zu Gunsten der Kapitalgeber „gelöst“. Die Länder wurden in dauernde Schuldknechtschaft geführt und zur Marktöffnung gezwungen. Sie haben damit keine finanz- oder realwirtschaftliche Souveränität mehr. Die ist weg. Und fast gleich-

zeitig fängt der permanente Angriff auf die europäische Sozial- und Wirtschaftsverfassung an. Die ist eine andere als die angelsächsische – da weise ich immer gern auf das Buch von Michel Albert hin, das ist, finde ich, immer noch das beste: „Kapitalismus contra Kapitalismus“, eine vorzügliche, sehr kenntnisreiche Darstellung dieses Gegensatzes. Es sind unterschiedliche Kulturen, Europa-USA. Von daher wird dieser Angriff verständlich. Es war der europäische oder rheinische, wie Albert sagt, Kapitalismus, der realwirtschaftlich den angelsächsischen am stärksten in Frage stellte. Er wurde und wird daher von mehreren Seite in die Zange genommen: zunächst durch die Verschärfung der Währungskonkurrenz mit Hilfe der traditionellen Dollarstärke und Verbreitung des Dollars. Dadurch werden die europäischen Staaten gezwungen, der Geldwertstabilität gegenüber Wachstum und Beschäftigung den Vorrang zu geben, zu einer Politik also, die die Bundesbank zwar schon länger selbst vertreten hatte, aber andere in Europa nicht. Infolgedessen kommt es natürlich zu weniger Wachstum und Beschäftigung. Bis heute steht die Geldwertstabilität an erster Stelle. Es ist nur logisch, dass man weniger Wachstum und Beschäftigung hat, wenn man dafür keine Politik mehr dafür macht.

Das sieht man z.B. an der Agenda 2010. Die versucht so zu tun, als ob wir eine machen. Das heißt dann Arbeitsmarktreform. Aber der Arbeitsmarkt ist nicht Schlüssel, er ist nur ein Teil der Gesamtwirtschaft. Die amerikanischen Ökonomen wundern sich darüber, wieso wir so blöd sind und die ganze Zeit die Geldwertstabilität in den Vordergrund stellen. Die USA haben das gleich wieder aufgegeben, nachdem sie den Dollar neu etabliert hatten und es klar war, wer auf dem Finanzmarkt das Sagen hat. Seitdem machen sie wieder pragmatische Politik. In Europa dagegen anhaltend weniger Wachstum und Beschäftigung, folglich nehmen die Staaten weniger Steuern ein. Andererseits haben sie wegen der Arbeitslosigkeit höhere Sozialausgaben. Und dann kommt der Kapitalmarkt und zeigt sich von seiner freundlichen Seite - er hilft nämlich mit Krediten. Das ist natürlich eine besondere Freundlichkeit, denn die gesamtwirtschaftliche Situation ändert sich nicht. Daher geraten die Staaten in die Schuldenfalle – das kann man vergleichen mit der Dritten Welt. So müssen sie schließlich bei den Ausgaben sparen und das Tafelsilber verkaufen: Haushaltssanierung und Privatisierung. Das heißt aber, der Ausverkauf der Politik wird zum Hauptinhalt der Politik! Hinzu kommt, dass der globalisierte Finanzmarkt auch eine Verschärfung des realwirtschaftlichen Wettbewerbs bewirkt, denn alle Unternehmen und Standorte der Welt müssen ja nun um seine Investitionsmittel buhlen – und wer bekommt sie? Derjenige, der die Löhne und Sozialleistungen so senkt, dass hohe Gewinne herauspringen – das ist ganz klar. Damit gerät die staatliche Sozialpolitik weltweit nochmals unter Druck bzw. in Widerspruch zur Wirtschaftspolitik. Die multinationalen Unternehmen bestehen den Wettbewerb natürlich am besten, weil sie die Unterschiede zwischen den Staaten ausnutzen können und nur dort Steuern zahlen, wo sie lustig sind, und wo sie nicht lustig sind, zahlen sie sie nicht. Die Staaten reagieren darauf, indem sie als Standorte attraktiv sein wollen und einen Steuersenkungswettlauf veranstalten, der sie alle noch ärmer macht. Aber das wisst ihr ja alles selbst. Ich wollte nur deutlich machen, dass das ganz massive, nicht nur ideologische, sondern jetzt auch ganz reale Zwänge sind, die hier eine Rolle spielen.

Die shareholder value – Orientierung sollte man noch erwähnen, die auch die europäische Unternehmenskultur kaputt macht. Die Frage ist, ob wir die Tragweite dessen sehen und überhaupt sehen wollen. Der Angriff auf die europäische Identität – ich nenne das ruhig einmal so – konnte in der ersten Phase noch durch die traditionelle Stärke der europäischen Volkswirt-

schaften durch die Währungszusammenarbeit im EWS, auch durch maßvolle soziale Kürzungen und durch die Schuldenaufnahme der Staaten aufgefangen werden.

Jetzt habe ich das Gefühl, in den 90er Jahren beginnt eine zweite Phase mit Haushaltssanierungen, umfassender Privatisierung öffentlichen Eigentums und massivem Sozialabbau und da könnte dieser Angriff nun doch noch erfolgreich und siegreich sein, das ist jedenfalls meine Befürchtung. Ich interpretiere das als Angriff einer anderen Wirtschafts- und Sozialkultur auf diese europäische – das ist für mich zwar eine ungewohnte Perspektive, aber da wird manches auch deutlicher. Das wäre dann „das Ende der sozialen Demokratie“, wie ich meinen Beitrag genannt habe. Die ist ja gewachsen, die hat ja nicht jemand erfunden. Als Theologe sage ich auch, sie hat konfessionelle Hintergründe. Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik, die eine beachtliche Rolle gespielt haben beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, die stehen da im Hintergrund - das ist eine Kultur. Die würde dann nivelliert.

Ich will die Geschichte dieses entfesselten Finanzmarktes jetzt nicht weiter erzählen – das ist ein eigenes Thema. Ich will nur die Stationen noch nennen, weil man daran sieht, das es eine fortlaufende Krisengeschichte ist: Eine Krise jagt die andere: Auf die Schuldenkrise der Dritten Welt und die beginnende Krise des europäischen Sozialstaats folgt Ende der 80er Jahre der Zusammenbruch des realen Sozialismus, der auch in diesem Zusammenhang gebracht werden muss. Denn er ist nicht nur durch die amerikanische Hochrüstung verursacht, sondern auch dadurch, dass die Randzonen (besonders Polen und Ungarn) überschuldet waren. 1990 kommt es in Japan zum größten Finanzcrash, den man seit der Weltwirtschaftskrise hatte. Er hatte tatsächlich die Dimensionen von 1929, ist aber wunderbar aufgefangen worden von der japanischen Politik, so dass er realwirtschaftlich keine schlimmen Auswirkungen gehabt hat, aber immerhin Stagnation über zehn Jahre. Der Crash ist dadurch verursacht worden, dass das staatsinterventionistische Japan sich ändern und sich dem Weltfinanzmarkt öffnen musste. 1994 Mexikokrise, 97 Südostasienkrise, 98 Russland, 99 Brasilien, 2001 Argentinien: Das ist die Geschichte des glorreichen Finanzmarktes, und dann eben der Finanzcrash in den USA 2001, der auch mit 1929 vergleichbar ist, aber in den realwirtschaftlichen Folgen weit weniger schlimm. Es gab zwar eine Art Rezession, aber es geht schon irgendwie. Jedenfalls leben wir noch einigermaßen. Man kann das ganze als einen großen Feldzug des Geldkapitals zur Unterwerfung und Ausschlachtung der Volkswirtschaften der Welt interpretieren. Wenn direkt mit militärischer Gewalt operiert wird, wie wir das im Irakkrieg gesehen haben, dann ist das der nächste Schritt. Der Zwischenschritt ist schon dieser Finanzmarkt, denn der produziert ja nichts. Der schlachtet nur aus – Südostasien ist ein Musterbeispiel. Das waren die Regionen mit den höchsten Wachstumsraten der gesamten Menschheitsgeschichte. Dort zogen die Anleger natürlich alle hin, denn da war ja etwas zu holen. Inzwischen haben die Länder wieder Wachstum, es ist überstanden! Aber die Krise ist genutzt worden. Z.B. die Unternehmen in Südkorea haben die Amerikaner und Europäer zum großen Teil einkassiert. Das ist der Effekt, wenn die insolvent sind, werden sie aufgekauft.

5. Jetzt komme ich wieder auf die SPD zurück. Jedes der drei Momente, die ich hier genannt habe, die Restauration, die Hochrüstung und den Weltfinanzmarkt, die die amerikanische Hegemonie gesichert haben, und auch die Wucht ihres Zusammenspiels hat das Berliner

Programm nach meiner Meinung unterschätzt. Das ist auch kein Wunder, da das Programm ja in den achtziger Jahren diskutiert wurde, als das alles noch nicht so sichtbar war - es ist kein Vorwurf, aber man muss das heute sehen!

Erstens, das Programm lebt immer noch stark vom Geist der siebziger Jahre, in denen der Westen und zumal seine Führungsmacht in einer Krise waren. Es unterschätzt daher diesen ungeheuren kulturellen Einfluss, den die Vereinigten Staaten wieder erlangt haben, und den restaurativen Geist, der von ihnen weltweit ausgeht. Diese Kombination von Fundamentalismus und Neoliberalismus – das ist das Charakteristische.

Zweitens, nicht nur für das Berliner Programm kam der Kollaps des realen Sozialismus überraschend, das haben auch andere nicht erwartet. Aber dass das Programm, das noch vom Ost-West-Gegensatz ausgeht, nun genau 1989 verabschiedet wurde, als sein Ende sich schon abzeichnete. Das ist natürlich doch etwas komisch. Das kommt mir wie ein Symbol dafür vor, dass die Partei bis heute diese Tatsache nicht verkraftet hat. Den Zusammenbruch aus der sozialliberalen Entspannungspolitik herzuleiten, war da nur eine Hilfskonstruktion. Das eigentliche Problem war doch, dass da eine Bewegung von der Bühne der Geschichte abtreten musste, die immerhin aus derselben Tradition kam. Die Liberalen und Konservativen haben diese Gemeinsamkeit ja auch immer kräftig betont, deswegen haben wir sie nicht so betont. Dass die Kommunisten mit bestimmten Modernisierungsfragen, mit den wir Sozialdemokraten uns nie haben herumschlagen müssen, nicht mehr zurecht kamen, ist das Vertrackte an der Geschichte. Es hatte da offenbar eine Art Arbeitsteilung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Bezug auf die Weltregionen mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen stattgefunden, so würde ich das interpretieren. Und die war jetzt zerbrochen. Wenn nun die einen ihren Arbeitsplatz verloren, dann musste die anderen die dunkle Ahnung beschleichen, dass sie auch entlassen werden könnten – wir Sozialdemokraten. Daher die Tendenz zur eilfertigen Anpassung an den neoliberal-konservativen Zeitgeist in den 90er Jahren. Das ist der Grund gewesen, schon bei Scharping übrigens..... gegen das eigene Berliner Programm, muss man noch hinzufügen. Das wäre jetzt eine Extradebatte. Wir haben das aber nicht wirklich aufgearbeitet. Ich weiß noch genau, wie wir in der Grundwertekommission gesessen haben und haben dann gesagt, da werden wir mal die Stellen rausnehmen, wo etwas vom Ost-West-Konflikt drinsteht, also so ein bisschen herumbasteln am Programm. Das reicht aber nicht, weil das eine ganz andere Tragweite hat.

Drittens, was das Programm zum Weltfinanzmarkt und zum Weltmarkt überhaupt sagt, das ist alles richtig. Ich will nur mal zitieren: „Noch mehr hat die Internationalisierung der Märkte für Kapital- und Geldanlagen die nationalen Möglichkeiten zur Steuerung der kapitalistischen Ökonomie vermindert.“ Das steht da alles drin: „Währungsspekulation lässt Wechselkurse dramatisch schwanken, verfälscht den internationalen Wettbewerb, gefährdet die Industriestandorte“ usw.. Ich will das nicht alles vorlesen, Ihr kennt es ja auch... Auch die Forderung nach einer „demokratisch kontrollierten internationalen Währungsordnung - so heißt es dort wörtlich – und einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ ist völlig in Ordnung. Nur wirken diese Zielstellungen heute ein bisschen naiv, weil die Frage viel dringlicher geworden ist, wie sie denn angesichts der überwältigenden Dominanz der USA in beiden Bereichen umgesetzt werden sollen. Schon eine Untersuchung der UNCTAD über die Möglichkeit der Einführung

einer Tobinsteuer – man kann dazu stehen wie man will, sie wollten sie ja nur untersuchen – hat zu der Drohung der USA geführt, da die Gelder herauszuziehen. Also das darf nicht einmal untersucht werden. Die Formulierung „gerechte Weltwirtschaftsordnung“ stammt übrigens aus einer Zeit, in der es noch eine offensive Zweite und Dritte Welt gab, die Forderung hat heute das Subjekt verloren. Es gibt keine offensive Dritte Welt mehr, vielleicht ein bisschen seit Cancun wieder, aber nicht vergleichbar mit dem, was in den siebziger Jahren war, und eine Zweite Welt gibt es eben auch nicht. Dass aber Europa eine Rolle als Gegenmacht bei der Regulierung des Finanzmarktes spielen kann, daran hat das Berliner Programm in der Tat noch nicht gedacht.

6. Damit bin ich an dem Punkt, an dem historisch vielleicht die letzte Chance bestanden hat, gerade diese entscheidende Forderung durchzusetzen und damit die soziale Demokratie zu retten. Das war nach dem Regierungswechsel 1998. In Deutschland, als die Europäische Union ganz überwiegend sozialdemokratisch regiert war - jetzt war nicht nur die gewachsene Tradition da, sondern auch der Geist dazu. Nach 16 Jahren Arbeitslosigkeit wieder eine Aufgabe. Und zwar nicht, wie es Arbeitslosen sonst geht, eine Arbeit unterhalb der erworbenen Qualifikation, aber auch nicht eine Aufgabe, die einen überforderte! Denn man war ja nicht allein, es konnte zusammen geschehen, man konnte die Kräfte bündeln in Europa. Für uns war die überwältigende Hinwendung zur Sozialdemokratie in fast ganz Europa als eindeutiger Auftrag der Bürger zu verstehen, dem Diktat der globalen Märkte, dem die bürgerlichen Parteien gefolgt waren, endlich wieder gerechte Politik entgegen zu setzen. Das konnte man doch gar nicht anders interpretieren.

Oskar Lafontaine ist einer der wenigen in der Regierung gewesen, der diese Herausforderung überhaupt begriffen hat. Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Regulierung des Weltfinanzmarktes – die Tobinsteuer habe ich schon erwähnt, die kennt ja auch jeder – aber es gibt noch das internationale Insolvenzrecht, eine aktuellere Forderung, was die Schuldenfrage betrifft, und ganz wichtig: Einbeziehung der privaten Investoren in die Vorbeugung und dann auch Bewältigung von Krisen. Die sind bisher immer fein raus und werden dann vom IWF noch gerettet.. Oder: mehr Aufsicht und Kontrolle über die Hedge-Fonds usw... Aber wozu sich das Finanzministerium damals entschieden hatte, war eine Verbesserung der internationalen Währungszusammenarbeit, um es mal ganz allgemein zu sagen, mit dem Ziel, stabilere Kurse zu erreichen. Da habe ich den Eindruck, es war schon der Knackpunkt. Dann braucht man manches andere nicht mehr, wenn man das erreicht. Dann hat man den Hebel tiefer angesetzt Abgesehen von der ausufernden Spekulation bedeutet das Schwanken der Kurse ja für die gesamte Wirtschaft – besonders natürlich für den Handel – ein Dauerrisiko, das mit Riesensicherungs geschäften bewältigt werden muss. Das bläht ja den Finanzmarkt zusätzlich auf. Bei jedem Liefergeschäft, das sie machen, müssen sie sich zusätzlich absichern, weil sie nicht wissen, wie im nächsten Jahr der Kurs ist. Der entsprechende Vorschlag war auch nicht aus der Luft gegriffen, sondern konnte an eine beachtliche Tradition anknüpfen. Ich erwähne nur mal EWS oder das Plaza-Abkommen von 1985. Er war auch mit Frankreich und Japan abgesprochen, wurde Anfang 1999 unterbreitet und scheiterte am Widerstand der USA und der Finanzmarktakteure..

Man müsste sich noch einmal genauer damit beschäftigen, woran der Vorschlag das gescheitert

ist. Man muss natürlich heute auch sehen, dass man weiterkommt, aber im Moment sehe ich keine neuen Möglichkeiten. Wer so dumm ist, diese Chance zu verpassen, der ist nicht mehr zu retten! Das ist sehr schlicht, aber wahr! Die Medien haben Oskar zum bösen Mann Europas gemacht, der Kanzler hat ihn nicht nur nicht unterstützt, sondern hintergangen. In der „Zeit“ vom 11.3., genau an dem Tag, an dem er zurückgetreten ist, steht drin: „Wer Reformen will“, so die Verbändelogik, „muss Lafontaine über die Bande Schröder ins Aus schießen!“ Das steht da wörtlich so drin. Auf dem Hintergrund dessen, dass er dieses heiße Eisen „Finanzmarkt“ angefasst hat, wurde er fertiggemacht – Machtkampf Schröder-Lafontaine, alles Quatsch. Ich bin kein Freund von Verschwörungstheorien, aber dass nun ein halbes Jahr später Strauss-Kahn auch zurücktreten musste, das ist doch wirklich eigenartig, das war sein Freund, mit dem zusammen er das wirklich hätte durchziehen können. Strauss-Kahn hat immer gesagt, es sei schon zu spät und man schaffe das nicht mehr. Er war weniger optimistisch, aber warum musste er ein halbes Jahr später zurücktreten? Inzwischen ist er rehabilitiert, denn es war irgendeine Belanglosigkeit, die sie ihm angehängt haben. Das legt den Gedanken schon nahe, dass da nicht der Zufall waltete, sondern eine Strategie, um die europäische Einflussnahme auf die Globalisierung zu verhindern. Beim Kosovo-Einsatz war es ja ähnlich, der ist im Grunde der Regierung, die noch gar nicht richtig im Amt war, aufgeötigt worden. Den Europäern, die gerade mit der Währungsunion anfangen, die Dollar-Hegemonie in Frage zu stellen, sollte mal gezeigt werden, wer die Hosen anhat, zumindest in der Sicherheitspolitik.

7. Um das Bild vom Langzeitarbeitslosen wieder aufzunehmen, der endlich wieder Arbeit bekommen hat, so kann er eben in unterschiedlicher Weise reagieren: Er kann sich in seinem Überschwang zuviel auf einmal vornehmen und daran scheitern (Lafontaine), oder er kann schon so demoralisiert sein, dass er sich gar nichts mehr vornimmt, nur noch Dienst nach Vorschrift macht und sieht, wie er bis zur Rente über die Runden kommt (Schröder). Das letztere ist unsere Arbeitsmoral seitdem. Sicher musste die SPD nach dem Rücktritt von Lafontaine sehen, dass sie nicht gleich wieder arbeitslos wurde. Der Preis dafür war jedoch, dass die wirkliche Aufgabe, die ihr wie durch eine Fügung zuteil geworden war, nun zu bloßer Verwaltungsarbeit schrumpfte. Schärfer gesagt: Statt Politik zu machen, durfte sie sich nun an der Abschaffung der Politik beteiligen. Ulrich Beck hat schon 1997 in seinem Buch „Was ist Globalisierung?“ bemerkt: „Auf mich jedenfalls wirkte es unfreiwillig ironisch, wie einige Politiker nach Markt, Markt und noch mehr Markt rufen und offenbar gar nicht bemerken, dass sie sich auf diese Weise den eigenen Lebensnerv abtöten. Hat man so eine bedenkenlose, fröhliche Aufführung eines öffentlichen Selbstmords schon einmal erlebt?“

Dahrendorf hatte die Sozialdemokratie für arbeitslos erklärt, weil sie ihren Auftrag so hervorragend erfüllt habe und ihre Arbeit ja inzwischen von allen gemacht werde. Die Befürchtung, die man schon damals haben konnte, war: Wenn alle im Grunde Sozialdemokraten sind, dann ist es womöglich niemand mehr richtig. Zumal die Krise der 70er Jahre nach Meinung der meisten seiner Parteifreunde ja durch den Abbau des luxuriösen Sozialstaats und der ausufernden Demokratie bewältigt werden sollte.

Diese von den USA ausgehende großangelegte Restauration des klassischen Kapitalismus ist nun soweit gediehen, dass in der Tat (fast) niemand mehr sozialdemokratisch ist, nicht einmal die SPD selbst. Die SPD ist zwar nicht arbeitslos, aber ihre Arbeit besteht darin, sich selbst bedeutungslos zu machen.